

Stellungnahme des Hamburger Integrationsbeirats zur Deportationsfantasie der Rechtsextremen (21.02.2024)

Wir, die Mitglieder des Hamburger Integrationsbeirats, sind entsetzt und wütend, jedoch keinesfalls überrascht über die menschenverachtenden Pläne zur "Remigration", die im Januar 2024 öffentlich bekannt geworden sind. Nach der Vorstellung der Teilnehmenden jenes Geheimtreffens in Potsdam sollen die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowie die Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen, nach Afrika vertrieben werden.

Dass solche Pläne auf deutschem Boden geschmiedet werden, ist erschreckend, allerdings durch die rechtspopulistische Entwicklung der letzten Jahre und die Erstarkung der rechtsextremen Organisationen und Parolen voraussehbar. Menschen mit Migrationsgeschichte (28% der deutschen Bevölkerung) erfahren in einer Gesellschaft, die ihre koloniale Vergangenheit noch nicht vollständig aufgearbeitet hat, zunehmend im Alltag und nicht zuletzt auch durch problematische, rechtspopulistische Äußerungen von einigen Politiker:innen Rassismus und Ausgrenzung, indem Migration immer wieder problematisiert und skandalisiert wird.

Die vielen Demonstrationen in Hamburg und in vielen Städten Deutschlands zeigen, dass Teile der Mitte unserer Gesellschaft die Gefahr endlich erkennen und sich erheben. Die Mehrheit der Gesellschaft nimmt unsere Warnungen vor rechtsextremer Gefahr und rassistischem Gedankengut endlich als eine Gefahr für unsere Demokratie wahr. Das begrüßen wir sehr. Nur gemeinsam können wir unsere Demokratie schützen und uns für ein gutes, lebenswertes Miteinander einsetzen und wehrhaft gegen die Gefahren seitens der antidemokratischen, rechtsextremen Kräfte durchsetzen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und die daraus resultierende Vielfalt ist unsere Stärke!

Der Hamburger Integrationsbeirat setzt sich seit seiner Gründung für eine gelebte Antidiskriminierung und für Antirassismus sowie gegen die defizitorientierte Narrative über Migration ein. Wir wünschen uns, dass die Freie und Hansestadt Hamburg diesen Weg weiterhin verfolgt und sich nicht nur anlassbezogen, sondern dauerhaft noch klarer zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rassismus bekennt und einsetzt. Es ist dringend notwendig, Institutionen auf allen Ebenen zu durchleuchten und rassistische Strukturen insbesondere in den Behörden aktiv zu erkennen und abzubauen.

Wir appellieren an alle Hamburger:innen, diese Haltung in das tägliche Leben mitzunehmen sowie sich klar und jederzeit gegen Rassismus einzusetzen. Die Politik fordern wir auf, Projekte zur Stärkung der Demokratie zu fördern und aktiv zu unterstützen. Wir fordern alle Menschen, aber insbesondere unsere Politiker:innen und Medienschaffende auf, sich nicht einer rechtspopulistischen Sprache zu bedienen und besonnen ihre Worte in Bezug auf Migration und die hier lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte auszuwählen.